

Antrag an den Landesparteitag DIE LINKE. NRW (3.-5. Dezember 2021)  
AntragstellerInnen: LAG Antikapitalistische Linke (AKL)

Programm und Partei verteidigen

Der Parteitag möge beschließen

1. DIE LINKE. NRW bekräftigt die Grundsätze unserer Partei im Bereich Internationalismus, Migration und Integration sowie im Kampf gegen Diskriminierung von Minderheiten und die Zusammenarbeit mit fortschrittlichen sozialen Bewegungen - wie im Erfurter Programm beschlossen.  
Unsere Partei tritt allen Bestrebungen entgegen

- die Nation und eine Leitkultur in den Fokus unserer Politik zu rücken,
- MigrantInnen zu Sündenböcken für politisches Versagen von Regierungen zu machen,
- unterdrückte und diskriminierte Gruppen der Gesellschaft zu „skurilen Minderheiten, die einen Opferstatus pflegen“ zu erklären,
- die Lohnabhängigen zu spalten und
- fortschrittlichen sozialen Bewegungen wie SEEBRÜCKE, Black Lives Matter, Ende Gelände, feministischen Gruppen oder Fridays For Future die guten Absichten abzusprechen.
- Wir sehen solche spaltenden Positionen in scharfem Gegensatz zu unserer Programmatik und zu linker Politik überhaupt. Vielmehr werden hier rechte Zerrbilder der Gesellschaft bedient.

2. Wir erwarten von Mandats- und Funktionsträger\*innen, dass sie für das Programm der Partei eintreten und sich mit einer verbindenden Klassenpolitik für die Interessen der Arbeiter\*innenklasse einsetzen. Äußerungen von führenden Parteivertreter\*innen, die eine deutliche Abkehr von unserer Programmatik bedeuten, widersprechen wir. Um unser Parteiprogramm und unsere linke Partei nach innen und nach außen zu verteidigen, erwarten wir, dass die gewählten Vorstände unserer Partei, allen voran unser Landesvorstand, ebenso verfahren und klar Stellung gegen parteischädigende und spaltende Äußerungen beziehen.

3. Wir fordern den Landesvorstand auf, auf Funktions- und Mandatsträger\*innen, die öffentlich grundlegende programmatische Inhalte negieren, einzuwirken, damit das zukünftig unterbleibt.

4. Mandatsträger\*innen sind zu einer besonderen Loyalität gegenüber Programm und Partei verpflichtet. Mandatsträger\*innen, die in einer breiten Öffentlichkeit wiederholt nicht das Programm unserer Partei vertreten, fordern wir auf ihr Mandat zurückzugeben.

Wir kämpfen mit der ganzen Klasse und nicht (bevorzugt) mit Teilen davon. Die Kämpfe um soziale Sicherheit, bezahlbare Wohnungen und auskömmliche Löhne verbinden wir mit den Kämpfen gegen den Klimawandel und die Umweltzerstörung ebenso wie mit den Kämpfen gegen Unterdrückung und Benachteiligung von Frauen, Migrant\*innen, queeren Menschen. Wir sehen hier keine antagonistischen Gegensätze und keine Nebenwidersprüche, sondern sich gegenseitig befruchtende Kämpfe für eine Welt ohne Unterdrückung und Ausbeutung. Wir praktizieren eine verbindende Klassenpolitik.

Begründung:

Links sein heißt, für die umfassende Befreiung der Menschen einzutreten, für die Befreiung von Ausbeutung, Unterdrückung und Diskriminierung in jeglicher Form. Das geht nur durch die Einheit der lohnabhängigen Klasse und ist im Kern eine „soziale Frage“. Untrennbar damit verbunden ist allerdings die Verteidigung der Menschen unserer Klasse, die besonders unterdrückt ist, wegen ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Identität oder Orientierung. Die soziale Befreiung ist nicht vom Kampf gegen spezifische Unterdrückung zu trennen.

In der gegenwärtigen Krise offenbaren sich die herrschenden Klassenverhältnisse überdeutlich. Die Multimillionär\*innen und Milliardär\*innen der Handels-, Auto-, Rüstungs- und Technologie-Industrie heimsen in der Corona Krise große Profite ein, während die Regierenden versuchen die immensen Kosten der Krise auf die Lohnabhängigen abzuwälzen. Die kapitalistische Produktionsweise führt zu irreparablen Umweltschäden, aber die Industrienationen sind nicht bereit, ihr Geschäftsmodell zu ändern. In dieser Situation ist es gerade in NRW eine dringende politische Notwendigkeit, die Energiewende voranzutreiben.

Sie muss genutzt werden, um den RWE-Konzern als größten europäischen Klimagasverursacher gemäß Artikel 27 Abs. 1 & 2 der Landesverfassung in Gemeineigentum zu überführen. Diese Forderung wird unüberhörbar von der Klimagerechtigkeitsbewegung erhoben und muss von der LINKEN unterstützt werden.

Der Klasse der Herrschenden, den Krisengewinner\*innen und Milliardär\*innen steht die Klasse der Vielen gegenüber: die Arbeiter\*innenklasse, das Proletariat, das Prekariat, die 99 Prozent. Eine Klasse von Lohnabhängigen, bestehend aus Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen, die wirtschaftlich und sozial mehr oder weniger gut auf verschiedene Ressourcen zugreifen können oder auch nahezu gar nicht, die aber dennoch grundlegende gemeinsame Interessen haben. Sie alle wollen sinnstiftend arbeiten und in einer intakten natürlichen Umwelt, in sozialer Sicherheit und Freiheit leben. Große Teile Arbeiter\*innenklasse unterliegen mehrfacher Unterdrückung und verschärfter Ausbeutung, weil sie z.B. Frauen, Migrant\*innen, People of Colour, queere Menschen oder Angehörige anderer Minderheiten sind.

Die Landesschiedskommission hat im PAV gegen Sahra Wagenknecht anerkannt, dass deren Positionen zu linkem Internationalismus, in der Migrationspolitik, zu besonders von Unterdrückung und Diskriminierung betroffenen gesellschaftlichen Gruppen und zur abschätzigen Bewertung fortschrittlicher sozialer Bewegungen im Gegensatz zu den programmatischen Positionen unserer Partei stehen. Die LschK hat dazu ausgeführt, dass ein öffentlicher Widerspruch der Vorstände der Partei hier geboten gewesen wäre.

Wörtlich heißt es:

*„Wie viele Rechtspopulisten auch unterstellt die Antragsgegnerin breiten Teilen der LINKEN, ihr Lebensstil sei durch ein Distinktionsbedürfnis motiviert und nicht durch gute Argumente begründet. Letztlich ginge es ihnen nur um die „Selbstzufriedenheit des moralisch Überlegenen“. Dadurch werden die Kritisierten als besonders unsympathische Heuchler charakterisiert, denen die sozialen Probleme der unterprivilegierten Schichten letztlich gleichgültig sein. Die Antragsgegnerin spricht ihnen praktisch alle positiven Eigenschaften ab, die politisch links orientierte Menschen idealtypisch für sich in Anspruch nehmen und die für die linke Politik stehen: Solidarität, Empathie, Gleichberechtigung und das Streben nach sozialer Gerechtigkeit. Sie diskreditiert jede Person, welche die von ihr bevorzugte traditionelle Vorstellungen vom „Linkssein“ infrage stellt, als „selbstgerecht“. In der Diktion ihres Buches sind die von ihr so genannten „Linksliberalen“ auch schuld daran, dass der Kampf gegen soziale Ungleichheit misslingt, dass die Migrationspolitik scheitert und dass es einen gesellschaftlichen Rechtsruck gibt. Die auf diese abfällige Weise kritisierten Parteimitglieder müssen es sich nicht gefallen lassen, dass ein derartiges Bild von ihnen gezeichnet und sehr öffentlichkeitswirksam verbreitet wird. Die Partei insgesamt muss es nicht hinnehmen, dass die Antragsgegnerin ihr gerade ihre Kernkompetenz abspricht, nämlich sich ausreichend intensiv genug um die soziale Frage zu kümmern.“*

Und weiter:

*„In der vorstehenden Begründung wurde wiederholt betont, dass sich die Partei das illoyale und unsolidarische Verhalten der Antragsgegnerin nicht gefallen lassen muss. Tatsache ist aber, dass weite Teile der Partei und insbesondere die Parteiführung sich dieses Verhalten gefallen lassen. Denn eine Zurechtweisung der Antragsgegnerin erfolgte bislang nicht. Die Auseinandersetzungen um die abweichenden und oft provokativ vorgetragenen Ansichten der Antragsgegnerin sind nicht neu, sondern existieren seit Jahren. ...*

*Die Reaktionen der verschiedenen Parteiführungen auf die innerparteilichen Streitigkeiten erfolgten und erfolgen nach immer dem gleichen Ritual: Der Parteivorstand ruft zur Mäßigung auf und fordert dazu auf, die Konflikte konsensual zu lösen. Zwar ist es richtig, dass inhaltliche Konflikte nicht durch Parteiausschlüsse, sondern konsensual zu klären sind (Ipsen § 10 Rdnr. 31; Trautmann S. 201). Allerdings findet in der Partei DIE LINKE genau diese Klärung nicht statt, und auch diese Situation dauert nun schon mehrere Jahre.*

*Die gewählten Organe der Partei kommen ihrer Pflicht, den dazu erforderlichen Diskurs zu organisieren, nicht nach. Eindeutige Richtungsentscheidungen zu den umstrittenen Positionen werden ebenfalls nicht getroffen, bzw. deren Ermöglichung organisiert. Die Antragsgegnerin hat über lange Zeiträume hinweg und mit erheblicher medialer Wirkung die Grundsätze der Partei angegriffen, ohne dass eine adäquate Reaktion erfolgte. Spätestens nachdem das vorliegende Parteiausschlussverfahren eingeleitet wurde, wäre es angebracht gewesen, dass der Parteivorstand die inhaltlichen Positionen des Parteiprogramms gegen die Angriffe der Antragsgegnerin verteidigt – umso mehr vor einer Bundestagswahl.*

*Da vorliegend der wesentliche, zu der Annahme von Grundsatzverstößen führende Vorwurf gegen die Antragsgegnerin darin besteht, dass sie ihre Thesen in illoyaler, unsolidarisch, herablassend und diffamierend empfundener Art und Weise verbreitet, hätten die von der Antragsgegnerin kritisierten*

*Parteimitglieder, Betroffenen und Interessenvertreter von der Partei erwarten dürfen, dass sie die scharfen Äußerungen und Etikettierungen in den „Selbstgerechten“ zurückweist und die so Kritisierten vor Diffamierung und Herabsetzung in Schutz nimmt. Stattdessen ließen sich Mitglieder der Parteivorstände auf Bundes- und Landesebene wie auch viele andere führende Genossen mit wenig hilfreichen Äußerungen zum vorliegenden Verfahren vernehmen.*

*So kritisierten die beiden Bundesvorsitzenden laut FAZ Online vom 15.6.2021 das Parteiausschlussverfahren mit der Bemerkung „Es gibt einige Differenzen innerhalb unserer Partei. Die können wir diskutieren.“ Gregor Gysi wird am 14.6.2021 von der Frankfurter Rundschau mit der Bemerkung zitiert, das Ausschlussverfahren sei „völlig daneben“. Kritik dürfe immer geübt werden und müsse immer ausgehalten werden. Dabei hatte Gregor Gysi bereits 2018 im Zusammenhang mit der von der Antragsgegnerin mit initiierten Bewegung „Aufstehen“ geäußert: „Ich glaube, Sahra muss ihre Rolle in der Partei für sich neu definieren.“ ((n-tv vom 16.2.2019). Dies zeigt exemplarisch, dass zwar einerseits mit einer gewissen Regelmäßigkeit immer wieder der innerparteiliche Dialog gefordert wird, insbesondere, sobald in der Öffentlichkeit kontrovers über die Ansichten der Antragsgegnerin diskutiert wird, andererseits aber dieser Dialog nie wirklich stattfindet und auch keine Grundsatzentscheidungen erfolgen, welche die programmatisch formulierten Grundsätze verändern.*

*Diese Unentschlossenheit und der dadurch verursachte Eindruck, der Partei sei die Maximierung ihrer Wählerstimmen wichtiger als die Durchsetzung ihrer programmatischen Ziele, beschädigt erheblich die Glaubwürdigkeit der Partei. Wähler können – offenbar zu Recht - nicht darauf vertrauen, dass die Partei ihre im Programm niedergelegten inhaltlichen Positionen auch offensiv vertritt. Vielmehr geben die Stellungnahmen der Parteiführungen etc. denjenigen Wählern, die mit dem im Programm enthaltenen Aussagen übereinstimmen, das Signal, diese Grundsätze könnten geopfert werden, um weitere Auseinandersetzungen innerhalb der Partei zu vermeiden. Durch dieses Verhalten stößt die Partei nicht nur diejenigen Wähler ab, die sich eine klare Abgrenzung von den Thesen der Antragsgegnerin wünschen, sondern letztlich auch diejenigen, die die Ansichten der Antragsgegnerin unterstützen, sowie all jene, die keiner Seite zuzurechnen sind, von der Partei aber eine Klärung der umstrittenen Punkte erwarten. Gemessen an der Wählerzustimmung haben die verantwortlichen Vorstände durch Untätigkeit den Schaden möglicherweise vergrößert. Verstärkend kommt hinzu, dass diejenigen Wählergruppen, die sich von der zugespitzten und teilweise aggressiv wirkenden Wortwahl der Antragsgegnerin angegriffen fühlen müssen, von der Partei keineswegs ausreichend gegen die Antragsgegnerin verteidigt werden.“*

Auch unser Landesvorstand hat den programmwidrigen Thesen von Sahra Wagenknecht nicht widersprochen und sich nicht an die Seite der von ihre beschimpften und herabgewürdigten GenossInnen gestellt. Das darf nicht mehr passieren.